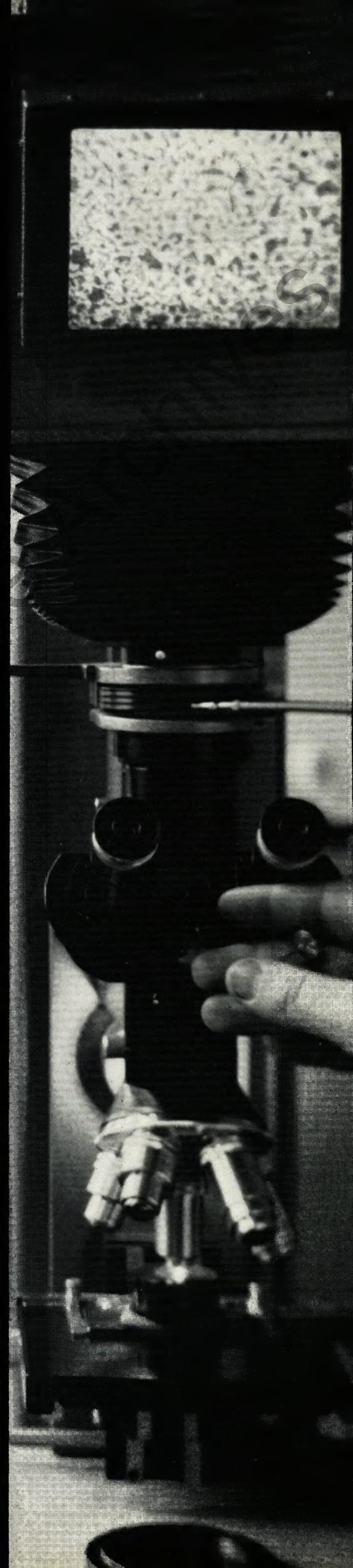


SONDERAUSGABE



Noch stärker als im vergangenen Jahr stand der Eisenhütten-
tag, traditioneller Treffpunkt der Eisen- und Stahlfachleute
aus dem In- und Ausland, vor dem Hintergrund einer sorgen-
vollen wirtschaftlichen Entwicklung. Daß das konjunkturelle
Hoch der vergangenen Jahre sich abschwächen würde, war
vorauszusehen. Wesentlich schwerwiegender für die zuneh-
mende Verschlechterung der Lage auf dem Stahlmarkt sind
aber die immer noch bestehenden Wettbewerbsverzerrungen
hinsichtlich der Unterschiede bei den Zöllen, Antidumping-
bestimmungen und den Unterschieden bei der umsatzsteuer-
lichen Ent- und Belastung im grenzüberschreitenden Verkehr,
die sich dem Einfluß der Hersteller entziehen. Die Wettbe-
werbsverzerrungen haben das Vordringen von Niedrigpreis-
importen begünstigt. Die Folgen haben sich deutlich abge-
zeichnet, mengenmäßig, vor allen Dingen aber preislich. Zu
diesen Erlösminderungen trat als zusätzliche Belastung der
Ertragslage der weitere Anstieg der Kosten hinzu.

Ausgesprochen und unausgesprochen wand sich das Kosten-
problem denn auch durch die technische Diskussion auf dem
Eisenhütten-Tag. Die Eisenhüttentechnik sieht sich vor eine
zweifache Aufgabe gestellt. Neue, kostengünstigere Verfah-
renstechniken zu suchen und gleichzeitig die höheren Quali-
tätsansprüche der Verbraucher zu erfüllen. Dazu bedarf es
intensiver Bemühungen. Die Arbeit an der Entwicklung neuer
Verfahren und an der Modifizierung bereits bestehender voll-
zieht sich im stillen und bleibt zunächst unsichtbar. Aber viele
Köpfe und Hände sind tätig. Einen Einblick in diese Arbeit
zu geben, versuchen wir in einer der nächsten Ausgaben.



EISENHÜTTENTAG

63

Über 5000 Teilnehmer trafen sich auch in diesem Jahr wieder in Düsseldorf zum Eisenhüttentag. In zwanzig Vorträgen berichteten qualifizierte Fachleute aus der Eisen- und Stahlindustrie über ihre Versuche zur Leistungssteigerung des Hochofens, über Arbeiten der Maschinenstelle des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute, über ihre Arbeiten auf dem Werkstoffgebiet, aus der Betriebs- und Wärmewirtschaft und auf dem Gebiet der Warmformgebung. Auf der Hauptsitzung beschäftigte sich der Vorsitzende des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute, Prof. Dr.-Ing. Hermann Schenck, mit dem Thema: „Eisenhüttentechnik in Deutschland und im Ausland, Voraussetzungen, Vergleiche, Folgerungen“. Er umriß damit die wirtschaftliche und technische Situation der deutschen Eisen- und Stahlindustrie im Vergleich zu unseren ausländischen Wettbewerbern.

Zu Beginn seines Vortrages wies Prof. Schenck darauf hin, daß alle Wirtschaftszweige miteinander verbunden seien, sich gegenseitig abstützten und sich so das Phänomen erklären ließe, daß das Niveau des allgemeinen Wohlstandes trotz vieler Störungen in manchen Wirtschaftsbereichen bisher so beharrlich bleibe. Das Bewußtsein gegenseitiger Abhängigkeit sollte zwischen Kunden und Lieferanten so stark gefestigt sein, daß es auch vorübergehende Belastungen und Anfechtungen überdauere. Nun habe sich aber jetzt bei uns ein Zustand eingestellt, der diesen wünschenswerten Vorstellungen keineswegs mehr entspreche. Das äußere Kennzeichen sei die Verminderung der Rohstahlproduktion. Sie habe sich seit 1960 von 34,1 Mill. t gegen Ende 1963 auf 31 Mill. t, d. h. um etwa 3,1 Mill. t oder nicht ganz 10 Prozent zurückbewegt. Prof. Schenck wies darauf hin, daß der größte Rückgang innerhalb der Montanunionländer in der Bundesrepublik eingetreten sei, während andere Staaten, wie

z. B. Italien, gänzlich unbeeinträchtigt geblieben wären. Das Bild des Rückgangs der Stahlproduktion in der Montanunion sei in erster Linie durch den Verlauf der Stahlerzeugung für die Bundesrepublik bestimmt worden. Andererseits habe sich eine Umwälzung traditioneller Marktbeziehungen herausgebildet. Australien, Japan, Südafrika seien Beispiele einer steil hochsteigenden Schwerindustrialisierung, die die eigenen Märkte befriedige, dort wieder neue Verarbeitungskapazitäten in anderen Wirtschaftszweigen erwecke und sich anschicke, mit dem Gewicht ihres gesamten wirtschaftlichen Potentials in die Märkte der Welt einzudringen. Unbestreitbar sei eine Weltüberkapazität vorhanden. Als Folge dieser Weltüberkapazität ergäbe sich ein allseitiger Druck auf die Stahlmärkte der Welt, durch den wir aus bekannten Gründen besonders empfindlich getroffen würden. Das wirke sich schließlich in dem Umstand aus, daß die Rentabilität unserer Unternehmungen auf einen höheren Beschäftigungsgrad angewiesen sei als bei unseren Wettbewerbern im Ausland. Dem Verfall der Preise seien die Werke nahezu machtlos ausgesetzt. Ihre Chance läge fast ausschließlich in der Senkung der Kosten und der Hebung des Absatzniveaus durch besondere Leistungen und durch Zuverlässigkeit. Prof. Schenck wies darauf hin, daß Erfolge auf diesem Gebiet vorwiegend der Höhe des technischen Potentials entsprächen.

Wörtlich fuhr Prof. Schenck fort: „Man sollte annehmen, daß die zeitlich jungen Werke auch technisch besser sind, weil bei ihnen die Fehler, Nachteile und Unzulänglichkeiten der älteren beim Bau berücksichtigt und ausgeschlossen werden konnten. Aber die Technik schreitet schnell voran und so wird es leicht verständlich, daß wieder neue Werke oder Anlagen entstehen müssen — nicht, um Kapazitäten auszuweiten, sondern um das Potential einzuholen und zu überholen, das der Konkurrent als Waffe einzusetzen vermag. Vom Grundsätzlichen her ist der Vor-

wurf ‚Überkapazität‘ gegen diesen ständigen Erneuerungsprozeß ungerechtfertigt; ich würde ihn jedenfalls lieber in Kauf nehmen als den schwerer wiegenden Vorwurf der Rückständigkeit, der sicherlich nicht ausbleibt, wenn ein Unternehmen wegen unzureichender technischer Leistungsfähigkeit in Schwierigkeiten kommt.

Wir müßten uns darauf einstellen, auch bei hohem Stahlüberschuß der Welt den Unternehmungen auch bei herabgedrückten Produktionsmengen und Preisen eine ausreichende Rentabilität zu erhalten.

In seinen weiteren Ausführungen gab Prof. Schenck Beispiele für die Wege, die die Technik in den Industrieländern wählt, um ihre überall gleichartigen Ziele zu erreichen. So seien auf dem Gebiet der Roheisenerzeugung durch Vervollkommnung des Hochofenprozesses bemerkenswerte Fortschritte erzielt worden.

Gegenwärtig stehe vor allem die Wahl des Agglomerationsverfahrens zur Erörterung, nachdem in den letzten Jahren neben dem Sintern die Herstellung von Pellets, d. h. vom Sinterkugeln oder Kugelsintern in den Vordergrund getreten sei. Prof. Schenck befaßte sich dann im einzelnen mit dem augenblicklichen Stand der Technik auf diesem Gebiet. Er kam zu dem Schluß, daß der Zug zu großen Öfen in allen Industriestaaten erkennbar sei. Die Ersparnisse großer Öfen lägen in erster Linie bei den Kapitalkosten. Der bemerkenswerte Vorteil großer Öfen bleibe immer noch erhalten, wenn die Roheisenerzeugung an verminderte Auftragsbestände angepaßt werden müßte.

In vielen Ländern werde angestrebt, durch Einblasen von Öl, Naturgas oder Kohlenstoff mit oder ohne Sauerstoff den spezifischen Koksverbrauch der Hochofen herabzusetzen. Prof. Schenck ist aber der Meinung, daß es für Deutschland empfehlenswert sei, die Versuche stärker auf das Einblasen von Kohlenstaub, die schon 1918 einmal begonnen wurden, wieder aus-

zurichten, allein schon aus dem Gedanken heraus, daß die Erhaltung der Lieferungen an Kohle für den Steinkohlenbergbau eine Hilfe sein könne, die der Absatzminderung durch die andern Substitutionsbrennstoffe entgegenwirke.

Auf die Stahlerstellung eingehend, bezeichnete es Prof. Schenck als evident, daß die durch Verwendung von reinem Sauerstoff gekennzeichnete Entwicklung der Leistungssteigerung zugute gekommen sei. Dieser Fortschritt habe jedoch nicht vermocht, den Siemens-Martin-Ofen zu verdrängen, der seine Stärke aus dem Umstand beziehe, daß er als Verarbeitungsaggregat für hohe Schrottzusätze noch unentbehrlich sei. Prof. Schenck ging dann auf einen vor kurzem entwickelten Öl-Sauerstoff-Brenner ein, der zur Zeit in deutschen und englischen Stahlwerken erprobt wird. Der Öl-Sauerstoff-Brenner soll die Wirkung des Lichtbogens imitieren. Mit diesem Hochleistungsbrenner, so führte Prof. Schenck aus, könnten seiner Überzeugung nach die Vorteile des reinen Sauerstoffs in vollem Umfange ausgeschöpft werden; denn es werde nunmehr möglich sein, die hohen Reaktionsleistungen der Sauerstoffaufblaseprozesse mit hoher Einschmelzleistung zu vereinigen und damit neue Verfahren zu gewinnen.

Prof. Schenck glaubt, daß die Stahlindustrie sich technisch und wirtschaftlich tiefer in die Entwicklungsgedanken der Verarbeiter und Verbraucher hineinversetzen und sie gewissermaßen in die Gegenwart transponieren sollte. Im Zeichen des Wettkampfes um den Markt würde der Grad der Vollbeschäftigung nicht allein von der Preis- und Termingestaltung her bestimmt, er

Das Gitter, in dem wir den Schriftzug Eisenhüttentag untergebracht haben, ist ein in der Werkkunstschule Aachen geschmiedetes Stahlgitter.

werde bestimmt von dem Bereich, der dem Stahl als Bau- und Konstruktionsmaterial wie als kurzfristiges Verbrauchsmaterial noch eröffnet werden könne. Wörtlich sagte Prof. Schenck: „Wer den Stahlabsatz fördern will, hat sich dafür zu interessieren, wie seine Entwicklung in den nächsten 5 bis 10 Jahren aussieht und nicht, wie sie sich aus der heutigen Gegenwart darbietet. Unter dem Zeichen der Rationalisierung wandeln sich die Prozesse und die Vorstellungen und Wünsche der Verarbeiter, und die Grenzen der Verwendungsgebiete werden sich in ständiger Bewegung befinden.“

Zum Schluß seiner Ausführung betonte Prof. Schenck, daß der Stahlindustrie wirksam durchschlagende Kostensenkung nur gelängen, wenn sie von der Degression Gebrauch machen könne, die sich aus Kapazitätsvergrößerungen ergeben und sich sowohl von der Kapitalkostenseite wie von der Verringerung der spezifischen Aufwendungen verschiedenster Art her kumulierten. Empfehlenswert sei deshalb eine Verständigung zwischen den Werken, gegenseitige Kapazitätsergänzung, technische und gegebenenfalls finanzielle Verflechtung und die Schaffung großer Werke gemeinschaftlichen Eigentums.

Vermögenswirksam gespart:

gut angelegtes geld

Können sich 80 Mark im Laufe von etwa 5 Jahren fast verdoppeln? Sie können es — wenn der am 15. November als Teil der Jahresabschlußvergütung ausgehängte Scheck über 80 DM vermögenswirksam angelegt wird.

Und da wir ja alle — was unseren Geldbeutel angeht — gefuchste Rechner sind, möchten wir den sehen, der sich diese Chance entgehen läßt.

Aber holen wir etwas weiter aus. Als der Bundestag im Mai 1961 das Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer verabschiedete, war damit ein neuer Weg zur Bildung von Dauervermögen in der Hand der Arbeitnehmer geschaffen. Insbesondere dachte der Gesetzgeber an solche Arbeitnehmer, deren Sparfähigkeit bisher nur begrenzt war.

Über das zur damaligen Zeit heftig diskutierte Gesetz wird heute wenig mehr gesprochen. Läßt man gelten, daß über Positives im allgemeinen kaum ein Wort verloren wird — dann müßte diese Alltagswahrheit auch für diesen Fall gelten.

Mit anderen Worten: das als Anreiz zur Vermögensbildung gedachte Gesetz hat sich bewährt. Daß ein großer Teil unserer Belegschaft erkannt hat, welche finanziellen Vorteile eine vermögenswirksame Anlage bietet — dafür sprechen die Ergebnisse der Jahre 1961 und 1962.

Um aber den Kreis derer, die sich über die Vorteile noch nicht ganz klar geworden sind, auch über die Werkzeitung noch einmal anzusprechen, haben wir uns kurzerhand entschlossen, eine Sondernummer herauszugeben. Die normale Ausgabe wäre später erschienen — und der Abgabetermin für die Anträge verstrichen.

Wie in den beiden vergangenen Jahren gibt das Unternehmen der Belegschaft auch in diesem Jahr die Möglichkeit, einen Teil der Jahresabschlußvergütung vermögenswirksam anzulegen. Erklären wir kurz, was das bedeutet. Der an Belegschaftsmitglieder, die vor dem 1. Januar 1963 bei uns eingetreten sind, ausgehängte Scheck über 80 Mark kann auf dreierlei Art und Weise verwandt werden.

Nehmen wir den finanziell schlechtesten vorweg. Der Scheck kann bar ausgezahlt werden. Durch Abzug der Sozialversicherungsbeiträge einschließlich Krankenversicherung, der Lohn- und Kirchensteuer, schrumpft der Betrag auf rund 53 Mark netto zusammen. 27 Mark sind also verschenkt.

Der Scheck kann aber auch zusammen mit dem noch zur Aushändigung kommenden Urlaubsgeld im nächsten Jahr bei Antritt des Urlaubs ausgezahlt werden, vermindert sich natürlich ebenfalls um die vorher schon genannten Abzüge.

Eine dritte Möglichkeit — und das ist die vorteilhafteste, bietet sich in der vermögenswirksamen Anlage. Und zwar einmal nach dem Sparprämienengesetz mit 20- bis 30prozentiger Prämie je nach Familien-

stand und 4 Prozent Verzinsung. Das heißt, die 80 Mark werden in einem allgemeinen Sparvertrag für eine Vertragszeit von rund fünf Jahren festgelegt oder einem bereits bestehenden Ratensparvertrag gutgeschrieben.

Bauwillige Belegschaftsmitglieder können den Betrag aber auch nach dem Wohnungsbauprämienengesetz, das eine 25- bis 35prozentige Prämie und 3 Prozent Zinsen vorsieht, anlegen. Daß heißt z. B. als Beitrag für eine Bausparkasse. Und schließlich kann er noch zur Abdeckung von Aufwendungen für den Bau, den Erwerb oder die Entschuldung eines Eigentums verwandt werden.

Wird der Scheck vermögenswirksam in der beschriebenen Weise angelegt, so gewährt das Unternehmen einen **Sonderzuschuß von 20 Mark**. Aus den 80 Mark werden also 100 Mark. Hinzu kommen natürlich noch die bereits erwähnten hohen staatlichen Prämien. Außerdem ist der gesamte Betrag lohnsteuer- und sozialversicherungsfrei. Die pauschale Versteuerung mit 8 Prozent zuzüglich Kirchensteuer wird vom Werk übernommen.

Legt man die 80 Mark einschließlich des wirklichen Zuschusses von DM 20 z. B. nach dem Sparprämienengesetz an, so sind die 100 DM nach Ablauf der Vertragszeit durch Zinsen und Sparprämien auf 148 DM angewachsen.

Aber nicht nur 80 Mark können vermögenswirksam angelegt werden. In die Antragsformulare kann ein Betrag bis zur Höhe von 292 Mark eingesetzt werden. Der über die 80 Mark hinausgehende Betrag wird aus der zweiten Rate der Jahresabschlußvergütung entnommen. Da die endgültige Entscheidung über die Höhe der Jahresabschlußvergütung noch nicht gefallen ist, wird bei Angabe eines zu hohen Betrages dieser später gekürzt.

Wir machen noch einmal darauf aufmerksam, daß die Antragsformulare bis zum 25. November abgegeben werden müssen. Nun könnte man sich vorstellen, daß manch ein Belegschaftsmitglied die 80 Mark, d. h. 53 Mark netto für Weihnachtseinkäufe schon verplant hat. Die „Verplaner“ sollen sich fragen, ob es sich nicht trotzdem lohnt, die Vorteile der vermögenswirksamen Anlage in Anspruch zu nehmen. Im übrigen ein Tip: Wenn ab Januar monatlich regelmäßig ein kleiner Betrag zur Sparkasse getragen wird, können aus diesem Topf Weihnachtseinkäufe mitfinanziert werden. Die 80 Mark sind dann auf jeden Fall für eine vermögenswirksame Anlage im nächsten Jahr frei, falls im nächsten Jahr vermögenswirksam gespart werden kann. Wer mit bereits abgeschlossenen, prämiengünstigen Verträgen den höchstmöglichen Prämienatz schon erreicht, für den bleibt bei vermögenswirksamer Anlage immer noch als Gewinn die Steuer- und Sozialversicherungsfreiheit und der wirkliche Sonderzuschuß von 20 Mark.

Es lohnt sich also, von den Möglichkeiten, die der Gesetzgeber geschaffen hat, Gebrauch zu machen. Es ist — wiederholen wir die Schlagzeile — gut angelegtes Geld.



Mehr als eine traditionelle Veranstaltung zur Förderung des Spargedankens war der 16. Deutsche Sparkassentag in der Metropole Frankfurt. Die Sparkassenorganisation, Sachwalter für 32 Mill. Inhaber von Sparkassenbüchern mit Gesamteinlagen von mehr als 50 Mrd. Mark, gab durch ihren Präsidenten, Dr. h. c. Fritz Butschkau, unseren Aufsichtsratsvorsitzenden, Antwort auf die Frage, wie die Sparkassen heute den ihnen im Rahmen der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik gestellten Aufgaben gerecht werden wollen. Seine besondere Note erhielt der Sparkassentag durch die mit Spannung erwartete Begegnung von Regierung, Sparkassenorganisation und Gewerkschaftsbund. Der Vorsitzende des Bundesvorstandes des DGB, Ludwig Rosenberg, sprach zu dem Thema „Arbeitnehmer, Sparen, Geldwert und Eigentum“. Abgesehen von einer Parteiveranstaltung wandte sich Prof. Ludwig Erhard in seiner Eigenschaft als Bundeskanzler auf dem Deutschen Sparkassentag zum erstenmal außerhalb des Parlamentes an die Öffentlichkeit.

Dr. h. c. Fritz Butschkau ging in seinem Referat „Die Sparkassen im Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft“ zunächst von der Sparkassenreform der Jahre 1908/12 aus, deren Inhalt noch heute aktuell sei. Die erhebliche Verbreiterung des Kundenkreises der Sparkassen sei ferner auf die Wirkungen der Inflationen nach den beiden letzten Kriegen zurückzuführen. 1945 sei „das ganze Volk in die potentiellen Kundenschichten der Sparkassen hineingewachsen oder hineingesunken“. Soziale Klüfte einer früher vorhandenen Klassengesellschaft hätten sich geschlossen. Entscheidend seien der kollektive materielle Aufstieg der Industriearbeiterschaft, erhebliche und noch anhaltende Zugänge in den breiten Schichten der technischen, kaufmännischen und Verwaltungsangestellten sowie breite Abstiegs- und Deklassierungsprozesse gewesen, wozu die Weltkriege, das Heimatvertriebenenproblem und auch die harten Methoden der Währungsreform beigetragen hätten. Durch diese sich über Jahrzehnte erstreckenden Anpassungsvorgänge habe die Massenhaftigkeit aller Geschäfte bei den Sparkassen stark zugenommen. Die Postenzahl, die Tag für Tag zu bewältigen sei, wäre für die Beurteilung des Sparkassenwesens wichtiger als Bilanzstatistiken und -vergleiche. So erklärten sich die hohe Mitarbeiterzahl von über 100000 Personen und das große Zweigstellennetz. Auch im Zeitalter des Massenwohlstandes, so fuhr Butschkau fort, seien die Sparkassen notwendig. Sie sähen ihren Auftrag — neben der übrigen bankmäßigen Betreuung — darin, „dem freiwilligen, freien Sparen und damit auf ihre Weise der Freiheit schlechthin“ zu dienen. Man habe viele Pläne zur breiteren Streuung des Eigentums, wie „Gemeineigentum“, „Investivlohn“, „Deutsche Nationalstiftung“, „Volksaktie“, geprüft, aber dabei bisher nur zwei erfolgversprechende Wege gefunden: „Sparen und Sparförderung“ sowie „steuerpolitische Maßnahmen, die das einzelne Individuum begünstigen, nicht aber zu Kapitalanhäufungen zweifelhafter juristischer Rechtsträgerschaft führen.“ „Der Sparerfolg als Voraussetzung für individuelles Eigentum“, erklärte Fritz

Butschkau, „ist in unserer Wirtschaftsverfassung nicht in erster Linie eine Frage des Quantums an Einkommen, Lohnhöhe u. a., sondern“, wie Theodor Heuss gesagt habe, „der menschlichen Haltung der Sparsamkeit.“ In diesem Zusammenhang wies Fritz Butschkau darauf hin, daß die Sparquote bei den Arbeitern 3—4% beträgt gegenüber einer durchschnittlichen Sparquote bei den privaten Haushalten von 9%. Sparhemmend dürfe hier auch der „gigantische Werbeapparat“ der Konsumgüterindustrie wirken. Ein weiteres, sehr wesentliches Hemmnis für die eigenverantwortliche Selbstvorsorge durch Sparen sei die umfassende, zu stark dynamisierte Sozialversicherung. Butschkau unterstrich den Ausspruch Duttwillers „Freiwilligkeit ist der Preis der Freiheit“. Gerade zur Gewöhnung der Arbeitnehmerhaushalte an das Sparen bedürfe es der Unterstützung durch staatliche Sparförderungsmaßnahmen. Der Aufwand an Sparprämien für das Kontensparen sei im Rahmen der gesamten fiskalischen Belastung durch die Sparförderung bisher der geringste gewesen. Die Bemühungen der Regierung um eine Vermögensbildung in breiten Bevölkerungsschichten seien anzuerkennen und sollten nicht gefährdet werden. Es wäre auch „Ausdruck einer doppelten Moral, bei den einen die Gewinne für die „Aufrechterhaltung der volkswirtschaftlich notwendigen Investitionen“ steuerlich zu begünstigen und damit auch deren private Vermögensbildung zu fördern, bei der Eigentumsförderung für die anderen aber die Gefahren der Subventionitis zu beklagen. „Den Virus der Subventionen haben bestimmt nicht die Kontensparer in die deutsche Volkswirtschaft eingeschleppt.“ Als wirkungsvollste Sparförderung nannte Butschkau jedoch die Sicherung der Kaufkraft unserer Währung. Dabei wandte er sich gegen die „bedenkliche Wortschöpfung“, in der die Bundesrepublik immer noch als ein Land mit „relativ stabilem“ Geldwert bezeichnet werde. Butschkau wies — wie schon früher — auf die Gefahren hin, die infolge von Konvertibilität und festen Wechselkursen im währungs-

politischen Verhalten des Auslandes liegen können und sprach an die Bundesbank die Bitte aus, „im sogenannten Pariser Club und in Washington den Schutz der Sparer vor den Gefahren einer importierten Inflation zu vertreten“.

„Eines der schwierigsten Probleme unserer Zeit ist die Frage, wie man in einer freien Wirtschaftsverfassung die Aufgabe löst, die Vermögensverteilung innerhalb der verschiedenen Gruppen der Gesellschaft so zu gestalten, daß man in dem bestehenden Zustand keinen Anlaß findet, über Ungerechtigkeit zu klagen.“ Mit diesen Worten ging Ludwig Rosenberg auf das Unbehagen über die derzeitige Vermögensverteilung in der Bundesrepublik ein.

Rosenberg wies darauf hin, daß gerade die in abhängiger Arbeit stehenden Gesellschaftsgruppen von diesem Unbehagen betroffen sind, da sie von einer freien und demokratischen Gesellschaft die Chancengleichheit erwarteten. Würden sie in dieser berechtigten Hoffnung dauernd enttäuscht, so entschwände ihr Glaube an den Wert demokratischer Lebensform.

In diesem Zusammenhang führte Rosenberg an, daß mehr als $\frac{2}{3}$ der gesamten Vermögensbildung in der Bundesrepublik über die Selbstfinanzierung der Unternehmen erfolge und auf Überschüssen der öffentlichen Hand beruhe. Damit gehe weniger als $\frac{1}{3}$ der gesamten Vermögensbildung über die Spargung der privaten Haushalte. Von diesem $\frac{1}{3}$ der privaten Spargung entfalle aber kaum $\frac{1}{3}$ auf die Spartätigkeit der Arbeitnehmer und von diesem $\frac{1}{3}$ sei es wiederum nur die Hälfte, die auf die Spartätigkeit der Arbeiter entfalle. Damit wären 50 Prozent aller Haushaltungen der Bundesrepublik mit nur 5 Prozent an der Vermögensbildung beteiligt.

Auch ohne die Beseitigung der ungleichen Vermögensbildung sei allerdings, so betonte Rosenberg, die Förderung der Sparmöglichkeiten der Arbeitnehmer sinnvoll. Die durchschnittliche Sparsumme der Arbeiter, die heute etwa 250 DM betrage, könne wahrscheinlich durch einen be-

SPAREN

sonders gezielten steuerlichen Sparanreiz für diejenigen, die sonst nicht sparen können, auf 500 oder 600 DM erhöht werden. In der Praxis würde das bedeuten, daß die Sparprämien sozial gestaffelt werden müßten und unter Berücksichtigung des Pro-Kopf-Einkommens der Haushaltsmitglieder festgelegt werden sollten. Die Spartätigkeit der Bezieher kleiner Einkommen und größerer Familien müsse entsprechend höher prämiert werden als die größeren Einkommen. Der so zu begünstigende Notgroschen sollte eigentlich den Betrag von drei Monateinkommen erreichen. Das würde eine nicht zu verachtende Reserve in Notzeiten bedeuten und außerdem den Barkauf hochwertiger Haushaltsgüter gestatten.

Eines der entscheidenden Probleme des Sparens überhaupt sei die Erhaltung der Kaufkraft des Gesparten. „Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang sogleich sagen, daß es eine der dümmsten und der unverantwortlichsten Redensarten unserer Zeit ist, bei jeder Gelegenheit und ohne wirklichen Grund das Gespenst der Inflation an die Wand zu malen. Ist es schon töricht, diese Unkenrufe in einem Lande auszustoßen, das eine wirkliche Inflation niemals gekannt hat, so ist es geradezu unverantwortlich, das in einem Lande zu tun, wo man bereits mehrmals alle Ersparnisse und Werte — mit Ausnahme der Sachwerte — tatsächlich in nichts verschwinden sah.“

Während man mit diesem Inflationsgerede den Sparwillen lähme, scheitere andererseits die Möglichkeit, das Preisniveau stabil zu halten, an der Tatsache, daß höhere, sich aus Kostenersparnissen ergebende Gewinnchancen oft genug bis zur Grenze ausgenutzt würden. Dabei versuche man mit allen denkbaren Praktiken, die regulierende Wirkung des Wettbewerbs im Markt auszuschalten. Würde die Verbilligung der Produktion statt dessen wirklich genutzt und der Wettbewerb voll gesichert, so wäre eine wesentliche Stütze für die Stabilisierung der Kaufkraft geschaffen. Abschließend erklärte Rosenberg, es gelte die Voraussetzung für eine Förderung des Sparwillens, der Sparmöglichkeiten und der Sicherung der Spareinlagen in bezug auf ihre Kaufkraft zu schaffen. Die Gewerkschaften hätten mit den Unternehmen

der öffentlichen und der freien Gemeinwirtschaft an dieser Aufgabe ein gemeinsames Interesse. Seit Beginn der Gewerkschaftsbewegung bestehe zwischen beiden ein freundschaftliches Verhältnis, bedingt durch die Vertretung der wirtschaftlich Schwachen, und vielleicht werde es notwendig sein, diese Beziehungen noch enger als bisher zu gestalten.

Bundeskanzler Professor Dr. Erhard

sprach sich zu Beginn seiner Ausführungen für eine Förderung des echten Sparens der breiten Bevölkerungsschichten aus. Alle Möglichkeiten der Vermögensbildung durch Sparen müßten ausgeschöpft werden. Allerdings könne nur durch Konsumverzicht gespart werden. Eine Eigentumsstreuung, wie sie sich der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes vorstelle, sei nicht praktikabel, weil die Formel dafür fehle. Eine wirksame Vermögensbildung könne nur über das Sparen erfolgen.

Erhard setzte sich für den Wettbewerb auch der Arbeitnehmer ein, die sich in höherer Entlohnung für größere Leistung anstatt der Tendenz zur Nivellierung auswirke. Der Bundeskanzler sprach sich unter Berücksichtigung der Wettbewerbskraft der deutschen Wirtschaft für ein Optimum an Lohn aus, aus dem auch die Sparleistung und damit auch die Vermögensbildung des einzelnen zu erbringen sei. Schon in seiner Regierungserklärung hatte der Bundeskanzler gesagt: „Die Eigentumsbildung soll in Zukunft nachdrücklich zugunsten der einkommensschwächeren Bevölkerungskreise gefördert werden. Bei höheren und hohen Einkommen kann auf solche Impulse verzichtet werden.“ Auch in Frankfurt sprach sich Erhard für ein Sparprämienystem als Anreiz für schwächere Einkommensgruppen aus. Es sei jedoch der Schlüssel zum Wohlstand, der Kuchen, der insgesamt verteilt werden kann, größer zu machen. In diesem Zusammenhang ging Erhard auch auf die Entwertung der Kaufkraft ein, die jeder zu spüren bekomme. Wörtlich sagte er: „Wenn es nicht gelingt, die Währungsstabilität zu sichern, dann weiß ich nicht wie der Gemeinsame Markt in Zukunft bei stabilen

Wechselkursen funktionieren soll.“ Es gäbe dann kein zuverlässiges Maß für den Warenaustausch. Erhard erklärte, daß er sich für die Erhaltung der Stabilität der Währung ebenso verantwortlich fühle, wie die Deutsche Bundesbank. Er würde sich bemühen, das deutsche Schicksal, dessen Verantwortung in seine Hände gelegt worden sei, so gut wie nur möglich zu meistern.

Erhard griff das zuvor von Rosenberg geprägte Wort vom Unbehagen in der Bevölkerung auf. Er stellte die Frage, ob die Kollektive Sicherheit nicht allmählich überbewertet würde und der einzelne gar nicht mehr so sehr das Gefühl habe, für sein Schicksal persönlich verantwortlich zu sein. Erhard drückte seine Besorgnis über die massenhaften Forderungen von Gruppeninteressen an den Staat aus. Wenn er seine Aufgabe, Wirtschaft und Währung stabil zu erhalten betone, würden ihm 57 Millionen Deutsche Beifall klatschen. Aber die gleichen Menschen, in ihren Gruppen verankert, sprächen eine völlig andere Sprache. Jeder wolle verständlicherweise am Fortschritt teilhaben. Erhard wies aber darauf hin, daß alle Forderungen nach Verbesserung der Leistung in den Gemeinschaftsaufgaben die Förderung von Wissenschaft und Forschung, Reinhaltung von Luft und Wasser, Verbesserung des Verkehrs usw. Geld kosten. Hier stehe man vor der Notwendigkeit zu entscheiden, was der einzelne von seinem Einkommen selbst verbrauchen oder in Anspruch nehmen kann und was von ihm für die Gemeinschaftsaufgaben, die vom Staat zu erledigen sind, bereitgestellt werden muß.

Der „Notgroschen“ für das Alter steht an der Spitze aller Sparmotive der „freien Sparer“. (Bild unten) Die zweitstärkste Gruppe bilden die Sparer, die ihr Geld für den Bau eines Eigenheims zur Sparkasse tragen. Hausrat, Möbel und neue Kleidung stehen an dritter Stelle. (Bild rechts oben und unten) An vierter Stelle steht der Wunsch, mit dem gesparten Geld Erholung im Urlaub und auf Reisen zu suchen.



WOFÜR WIR SPAREN



Weltpartag und Deutscher Sparkassentag lenkten in den vergangenen Wochen wieder das Interesse auf die Bedeutung des Sparens. „Sparen gehört dazu“, hieß das Motto des Weltpartages. Sicher ist dieses Motto nicht als eine bloße Feststellung aufzufassen. Es ist auch eine Aufforderung. Sind die Bundesbürger dieser Aufforderung nachgekommen? Wenn man die kürzlich veröffentlichten Zahlen über die Spareinlagen in der Bundesrepublik liest, kann man die Frage nur mit einem „Ja“ beantworten. Sind doch im Durchschnitt von jedem Bundesbürger in diesem Jahr bis Ende August 1292 DM auf die hohe Kante gelegt worden. Im Vergleichszeitraum des vergangenen Jahres waren es 1159 DM. Im internationalen Vergleich stehen wir allerdings erst an neunter Stelle. In diesem Jahr wird nach Angaben von Dr. h. c. Fritz Butschkau die private Kapitalbildung die Rekordhöhe von 19 bis 20 Mrd. DM erreichen. Bei den Sparkassen gehören die rd. 32 Millionen Sparkassenbücher zu fast 75 Prozent den wirtschaftlich Unselbständigen und deren Familienangehörigen. Auf die Gruppe der Arbeiter entfallen etwa 9 Millionen, auf Angestellte 7 Millionen, auf Beamte 2,7 Millionen, auf Pensionäre und Rentner 5 Millionen Sparkassenbücher. Bei etwa 18 Millionen Haushalten entfallen damit fast zwei Sparkassenbücher auf einen Haushalt.

Die Sparquote, d. h. der Anteil der Ersparnis am verfügbaren Einkommen ist in diesem Jahr auf durchschnittlich 10 Prozent angestiegen. Das Sparvolumen des Arbeiters macht allerdings erst 4 Prozent des verfügbaren Einkommens aus.

Trotz bitterer Erfahrungen, die der deutsche Sparer nach zwei Inflationen machen mußte, ist also ein stetiger Trend nach oben zu vermerken, der sicherlich als Vertrauensbeweis in die Stabilität unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung gedeutet werden darf.

Die Einführung der bargeldlosen Lohnzahlung habe, so wurde kürzlich gesagt,

eine erste Brücke des Arbeiters zur Sparkasse geschlagen, ihn in den modernen Geld- und Kreditverkehr eingeschaltet und seine Selbstverantwortung aus Bürgerstolz an die Stelle des Verlangens nach staatlicher Vorsorge und Versorgung gesetzt. Wenn auch diese Schlußfolgerung nicht von allen geteilt wird, so ist doch eines sicher: Der Kontoinhaber hat sich in erstaunlich kurzer Zeit an das Denken in längeren Zeiträumen gewöhnt und Ordnung und Übersicht in seine häuslichen Finanzen gebracht. Daß immer noch eine kleine „Rücklage“ auf dem Konto bleibt, ist sicherlich nicht die schlechteste Nebenwirkung des Kontobesitzes.

Fast die Hälfte aller Sparkassenbücher lautet auf den Namen von Frauen und Mädchen. Der Schluß, daß auch die sich in den letzten Jahren gewandelten Sparmotive maßgeblich von den Frauen beeinflusst worden sind, liegt deshalb nahe. An die Stelle des reinen Zwecksparens für kurzfristige Anschaffung gewinnt das langfristige Vermögenssparen immer mehr an Bedeutung. Nach der jüngsten Repräsentativerhebung eines Meinungsforschungsinstitutes sparte von acht Bundesbürgern einer auf Grundlage eines Vertrages, d. h. er bildet Rücklagen für eine Lebensversicherung oder spart bei einer Bausparkasse.

Der Zweck des vertraglichen Sparens liegt fest, nicht aber der Zweck des freien Sparens. Von den „freien Sparern“ sparte zum Jahresausgang 1962 jeder dritte in der Gruppe Vorsorge und Fürsorge, jeder fünfte für Wohnung und Kleidung und jeder zehnte für Erholung und Reisen.

Das Ergebnis der Untersuchung zeigt eindeutig: Es wird sinnvoll gespart. Die Förderung des Sparwillens, darin waren sich die Referenten des Sparkassentages einig, ist darum ein Erfolg versprechender Weg zu einem breitgestreuten Eigentum.

echo der arbeit Werkzeitschrift der Hüttenwerk Oberhausen Aktiengesellschaft,
Verantwortlich: Direktor Karl Strohmenger.
Redaktion: Helmut Claus und Caren Straeter.
Anschrift der Redaktion: Oberhausen (Rhld.), Essener Straße 66. Telefon 24681. Zustellung kostenlos.

Symbolisch gemeint ist das Titelbild dieser Ausgabe. Es soll die für viele von uns nie sichtbar werdende Arbeit in den Labors andeuten. Mit unserem Rückseitenbild soll von der „verborgenen Arbeit“ wieder die Brücke zum Betrieb geschlagen werden.

